



Andreas Scheil

Nationalliberalismus

INHALTSVERZEICHNIS

<u>Impressum</u>	<u>2</u>
<u>Vorwort</u>	<u>3</u>
<u>Nationalismus</u>	<u>7</u>
<u>Liberalismus</u>	<u>10</u>
<u>Nationalliberalismus</u>	<u>14</u>
<u>Nationalliberale Staatsführung</u>	<u>25</u>
<u>Familie</u>	<u>31</u>
<u>Nationalliberale Außenpolitik</u>	<u>37</u>
<u>Überbevölkerung</u>	<u>38</u>
<u>Weiterentwicklung der</u>	
<u>außenpolitischen Ordnung</u>	<u>46</u>
<u>Europäische Union</u>	<u>47</u>
<u>Gesinnungsethik versus</u>	
<u>Verantwortungsethik</u>	<u>53</u>
<u>Verteidigung</u>	<u>64</u>
<u>Entwicklungsländer</u>	<u>71</u>
<u>Nationalliberale Innenpolitik</u>	<u>75</u>
<u>Verwaltung</u>	<u>77</u>
<u>Immigrationsverwaltung</u>	<u>80</u>
<u>Raumordnung</u>	<u>88</u>
<u>Verkehr</u>	<u>89</u>
<u>Wissenschaft</u>	<u>90</u>
<u>Bildung</u>	<u>91</u>
<u>Umwelt</u>	<u>93</u>
<u>Freizeitangelegenheiten</u>	<u>94</u>
<u>Sicherheit</u>	<u>96</u>
<u>Subsidiarität</u>	<u>98</u>
<u>Nationalliberale</u>	
<u>Wirtschaftspolitik</u>	<u>100</u>
<u>Produktionsfaktoren</u>	<u>103</u>
<u>Arbeit</u>	<u>103</u>
<u>Boden</u>	<u>104</u>

[Kapital 109](#)
[Produktionsmittel 112](#)
[Infrastruktur 113](#)
[Straßen und Wege 114](#)
[Stromnetz 116](#)
[Telekommunikationsfestnetz 117](#)
[Schienennetz 119](#)
[Erdgasnetz 121](#)
[Fernwärmenetz 122](#)
[Mobilfunknetz 122](#)
[Rundfunk 124](#)
[Satellitendienste 126](#)
[Kabelnetz 128](#)
[Geld 129](#)
[Märkte 131](#)
[Nationalliberale Marktkritiken 137](#)
[Landwirtschaft 138](#)
[Bergbau 143](#)
[Verarbeitendes Gewerbe 144](#)
[Energie 146](#)
[Wasser 152](#)
[Bau 153](#)
[Handel 156](#)
[Verkehr 159](#)
[Straßenverkehr 160](#)
[Schienenverkehr 164](#)
[Luftverkehr 167](#)
[Fahrradverkehr 168](#)
[Recycling 169](#)
[Gastronomie 170](#)
[Infokom 171](#)
[Verlagswesen 172](#)
[Inhaltsproduktion 174](#)
[Rundfunk 176](#)
[Telekommunikation 178](#)
[Informationstechnik 181](#)

[Informationsdienste 182](#)
[Finanzdienste 184](#)
[Banken 185](#)
[Versicherungen 190](#)
[Immobilien 191](#)
[Unternehmensdienstleistungen 195](#)
[Unternehmensberatungen 196](#)
[Sonstige Unternehmensdienstleistungen 197](#)
[Öffentlich-Rechtliche Dienste 198](#)
[Rentenversicherung 200](#)
[Gesundheitsversorgung 203](#)
[Bildung 209](#)
[Kultur 214](#)
[Weitere Marktkraft 215](#)
[Nationalliberale Sozialpolitik 218](#)
[Nationalliberale Kulturpolitik 229](#)
[Nationalliberale Justizpolitik 249](#)
[Nationalliberale Finanzpolitik 253](#)
[Fiskalpolitik 253](#)
[Geldpolitik 255](#)

IMPRESSUM

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://www.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger, elektronische Datenträger und -auszugsweisen Nachdruck, sind vorbehalten.

© 2021 novum publishing

ISBN Printausgabe: 978-3-99010-919-9

ISBN e-book: 978-3-99107-169-3

Umschlagfoto: Andreas Scheil

Umschlaggestaltung, Layout & Satz: novum publishing gmbh

www.novumverlag.com

VORWORT

Die aktuelle politische Debatte in Deutschland ist von zwei Zuständen durchdrungen: Unverständnis unter den Debattierenden und Ratlosigkeit, wie es gemeinsam politisch weitergehen soll. Die Gräben, die zwischen den verschiedenen Debattenpositionen entstehen, scheinen dabei seit einigen Jahren immer breiter und tiefer zu werden. Schuld daran sind zwei wesentliche und unverzichtbare Begriffe, die in der gesamten deutschen öffentlichen Debatte – egal in welcher allgemein zugänglichen Diskussionsrunde – zersetzt, verzerrt, entsinnlicht und verteufelt werden. Es sind die beiden Begriffe Nationalismus und Liberalismus.

In diesem Buch geht es um die Rehabilitierung dieser beiden politischen Kernbegriffe. Aus der Klärung dieser beiden Begriffe und deren Zusammenspiel ergibt sich die große politische Hoffnung für unsere regionale, nationale und internationale Zukunft. Die Dekontaminierung dieser beiden Begriffe macht den Weg frei für eine gesunde politische Entwicklung unseres Landes. Wenn dieses Buch einen Teil zu dieser Klärung beitragen könnte, dann hätte es seinen Sinn erfüllt. Es werden sich daraus weitere Präzisierungen ergeben. Der politische Prozess ist in jeder Hinsicht immer ein dynamischer und unvollendeter. Das wird jedoch alle bestrebten Beteiligten nicht davon abhalten, die maximale Klarheit zu erreichen.

In der Debatte dieses zu Ende gehenden Jahrzehnts ist es die AfD, die stetig versucht im politischen Alltag bei allen Themen mit dem Sinn des Nationalismus und des Liberalismus zu arbeiten und nicht vor der Deutungskraft dieser beiden Begriffe anzuhalten oder sich gar dafür zu entschuldigen. Alle anderen Parteien über der 5 % Marke

tun das. Selbst die FDP überlässt den Linken den Diskurs über den Liberalismus, in dem sie diesen Begriff fortlaufend durch den schwächlichen Begriff Neoliberalismus diffamieren lässt. Und auch in der CDU wird der Begriff Nationalismus nur mit Abscheu in den Mund genommen. Das muss beides nicht so bleiben. Diese beiden Parteien, genauso wie die SPD könnten wieder einen gesunden Sinn für diese beiden politischen Kernelemente entwickeln. Im Laufe des letzten Jahrzehntes haben sich FDP, CDU und SPD jedoch so weit weg von den wesentlichen Inhalten dieser Kernbegriffe entfernt, dass sich daraus zwangsläufig eine Bewegung zu einer Partei entwickelt hat, die diese Kernbegriffe substantiell und auch mit ihren Auswirkungen ernst nimmt.

Die AfD befindet sich in ihrer jungen Entwicklung noch auf der Suche nach einer einigenden programmatischen Präzisierung. Das Nationale und das Liberale liefern programmatische Leitlinien, die schon bis dato instinktiv die Motive zur Haltung gegenüber den verschiedenen großen Politthemen des letzten Jahrzehntes geliefert haben. Die Ideen des Nationalismus und des Liberalismus reifen seit langer Vergangenheit und ermöglichen politische Lösungen für die Gegenwart und bis in die ferne Zukunft. Alle aktuellen Themen lassen sich auf diese beiden Begriffe herunterbrechen.

Bei Anwendung der Prämissen des Nationalismus und des Liberalismus scheinen bei allen aktuellen Themen die AfD Kernpositionen hindurch. Wenn dieses vorausgesetzt werden kann, dann darf man mit Fug und Recht behaupten, dass es sich bei der AfD um eine nationalliberale Partei handeln könnte, die die epochalen Bedeutungen der beiden Begriffe Nationalismus und Liberalismus zum Ausgangspunkt ihrer gesamten politischen Strategie machen könnte.

Warum hier noch die Möglichkeitsform? Die AfD ist noch auf der programmatischen Suche nach sich selbst. Daraus entstehen in der öffentlichen Debatte immer wieder Missverständnisse. Das Verleumdungspotential wird aufgemacht, wenn sich die AfD keinen klaren und eindeutigen strategischen Ordnungsrahmen gibt. Die Parteimitglieder, die Wähler und die Öffentlichkeit brauchen eine feste ideologische Zuordnung. Wenn sich diese glaubhaft manifestieren würde, dann würden extreme Meinungsäußerungen einzelner Parteimitglieder marginalisiert werden. Auch Haltungen weniger Parteimitglieder in Randbereichen des Liberalen, des Bürgerlichen oder des Nationalen, könnten von Kritikern nicht mehr dazu genutzt werden, alle anderen Parteimitglieder dafür geistig und moralisch mit haftbar zu machen.

Es ist offen, ob sich die AfD programmatisch auf den Nationalliberalismus einlässt, der sich aus dem Begriffspaar ergibt. Auch FDP und CDU könnten Ihre programmatische Schwergewichtung in diese Richtung bewegen. Es ist der Sinn dieses Buches, die programmatische Kernfundierung des Nationalliberalismus in all seinen politischen Facetten aufzuzeigen und im besten Falle nachzuweisen, dass diese für Parteien nutzbar ist. Unverkennbar drängt sich nach Ablauf der 10er Jahre die AfD auf, am meisten Nutzen aus dieser Kernfundierung zu ziehen. Bevor man die Programmatik des Nationalliberalismus erfolgreich in die Öffentlichkeit bringen kann, ist jedoch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten. Auf geht's.

NATIONALISMUS

Politische Verantwortung ist mit dem Begriff Nation verknüpft. Nation entstammt der Begrifflichkeit Geburt. Geburt zeugt immer von Abstammung. Geburt bildet den zentralen Anker der Zugehörigkeit. Geburt selbst ist bei Weitem nicht hinreichend. Die Gebürtigen müssen sich einer Gemeinschaft zuordnen, bevor von Stamm, Landsleuten, Volk, Staatsgemeinschaft oder Nation geredet werden kann. Der Zuwendung zu einer Nationalität in diesem Sinne steht die Abwendung gegen eine Nationalität entgegen. Die bekanntesten Zuwendungen zu einer Nationalität in den letzten Jahren waren die deutsche und die krimrussische. Die Abwendungen von Nationalitäten überwogen, wie die slowakische, die slowenische, die kroatische, die bosnisch-muslimische, die makedonische und die südsudanesishe. Innerhalb bestehender Nationen gibt es immer wieder Abwendungen zu verzeichnen. Beispiele dafür sind Katalonien und Schottland. Auch die Vermeidung eines gemeinsamen Bundeslandes Berlin-Brandenburg durch die Brandenburger gehört zu diesen Abwendungen hinzu.

Auf Europaebene gab es im Rahmen der verfassungsgebenden Versammlungen in den Jahren 2000 bis 2005 mehrheitlich Nationen mit Zuwendung zu einer größer werdenden europäischen Nation, die einen gänzlich neuen Maßstab in den europäischen Nationalitäten generiert hätte. Jedoch, sind die durch Volksabstimmungen bestätigten Abwendungen gerade der Franzosen und der Niederländer von wesentlich durchschlagender Bedeutung gewesen, als die Hinwendungen der Spanier, Italiener, Griechen, Deutschen, Briten oder Schweden zu einer neuen europäischen Nation zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Die epochale Bedeutung der Abwendungen durch Frankreich und Niederlande wird bis heute heruntergespielt – zu Unrecht. Denn diese Abwendung warf nicht nur die Nationen in Europa auf sich zurück, bei verkrampftem Bemühen eine europäische Ordnung aufrecht zu erhalten. Sie zeigte den Nationen auch auf, wie sie den Weg in eine erfolgreichere europäische Nationenbildung hätten weitergehen können. Damit einher hätte es eine Wiederbelebung echter, direkter und fruchtbarer Beziehungen zu den wichtigen afrikanischen Nationen geben können. Diese beiden Entwicklungsmöglichkeiten hat es nach den abschlägigen Volksentscheiden der Franzosen und Niederländer zur ersten gemeinsamen EU-Verfassung im Jahre 2005, und der damit verhinderten Gründung eines europäischen Bundesstaates anstelle des Staatenbundes nicht gegeben. Die Gründung der europäischen Nation wurde 2005 nicht vollendet. Leider.

Die Beziehungen zwischen den wichtigen europäischen und afrikanischen Nationen sind unter der Ägide der EU verkümmert. Die Nationen beider Kontinente könnten beweisen, wie sie echten Fortschritt unterstützen. Die EU als Interessengemeinschaft ohne jegliche Nationalität, versagt bei der Kooperation zwischen Europa und Afrika seit Jahrzehnten. Das wird einer der wesentlichsten Gründe dafür werden, dass das anmaßende, antinationale und antidemokratische Staatengebilde EU auf Dauer ins Leere laufen wird. So wie die EU im letzten Jahrzehnt organisiert war, ist es eine reine Frage der Zeit, wann diese implodiert. Da es politisch nie ratsam ist passiv abzuwarten ist es an der Zeit eine neue europäische Ordnung aufzustellen. Eine Ordnung, die nicht nur Europa selbst Gutes bringt, sondern auch den Beziehungen zwischen Europa und seiner Umgebung.

Grundsätzlich herrscht in Nationen immer Bewegung hin oder weg – ganz so wie es die unmittelbare Knüpfung an die Geburt und somit an das Leben zulässt oder nicht. Man muss sich entscheiden, ob man zu einer Nation gehören möchte oder nicht. Beides – sowohl dazu gehören als auch nicht dazu gehören, ganz so wie es gerade genehm ist, geht nicht. So hat noch nie eine Staatenorganisation je überlebt. So wird auch keine Staatenorganisation in der Zukunft überleben. So ist auch die EU zum Scheitern verurteilt. Die EU hat sich im Laufe dieses Jahrzehnts zunehmend weiter davon entfernt, sich Nation nennen zu dürfen. Die Bildung der Nationen sind fortlaufenden, gärenden und explodierenden Dynamiken ausgesetzt. Umso mehr sind die moralischen Übereinkünfte zu respektieren, die Nationen entstehen lassen und diese bewahren.

LIBERALISMUS

Freiheit ist das wichtigste demokratische Grundelement. Eine Nation kann sich nur in freier Entscheidung seiner Teilnehmer bilden. Wenn sie dies tun, dann werden sie Bürger, die sich allesamt in Gemeinschaft für die Nation verbürgen. Zur Bewahrung dieser essentiellen Freiheit gehört immanent die Definition, wer an dieser Verbürgung teilnimmt und wer nicht – und wenn ja, zu welchen Bedingungen diese Teilnahme gewährt wird.

Freiheit ist nicht irgendeine gesellschaftliche Bedingung. Sie ist die Bedingung. Die Befreiung aus äußeren Einschränkungen liegt im ureigensten Interesse jedes Lebewesens und somit in dem jedes Menschen. Schon immer. Das ist keine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Im Gegenteil: Die übertriebene Freiheitsbewegung ausgehend von der französischen Revolution zeigt bis heute die Unmöglichkeiten, wenn Freiheit der einzige gesellschaftliche Maßstab bleibt. Bis hin dazu, dass dieser negiert wird, und im Kommunismus in dessen Gegenteil gekehrt wird – in die politische Gleichheit.

Die Skepsis gegenüber der Freiheit liegt allen linken politischen Parteien mit unterschiedlichen Entschuldigungsgraden inne – seit den 10'er Jahren auch der CDU – erstaunlicherweise. Diese Parteien suchen das Korrektiv zur Freiheit in der Gerechtigkeit. Nur die gibt es nicht. Vielleicht in individuellen Fantasien, jedoch nicht in gesellschaftlicher Realität. Die gesellschaftliche Gerechtigkeit wird es schon deshalb nicht geben, weil es dafür keinerlei allgemeingültigen Maßstab gibt. Die Parole wir wollen Gerechtigkeit negiert sich in dem Moment, in dem der einzelne Betrachter dieser Parole versucht festzustellen, dass Gerechtigkeit in seinem Umfeld erreicht

werden könnte. Jeder einzelne Betrachter kommt schnell zur Einsicht, dass das vielleicht aus egozentrischem Kalkül denkbar ist. Jedoch müsste dieser einzelne Betrachter, nach Berücksichtigung aller Einzelschicksale mit all deren jeweils einzeln erlittenen Vor- oder Zurücksetzungen zubilligen, dass ein versuchtes Gerechtigkeitskalkül immer Schein bleiben wird. Einzelschicksale sind gerechtigkeitshandhabend nicht aufwiegbare. Gerechtigkeit mag als singulärer Idealmaßstab, mit bestimmten Gleichheitsprämissen für sich genommen anstrebbare sein, jedoch ginge das nur ohne Freiheit. Für den Freien, die Unterschiedlichkeit aller Individuen Kennenden, wird die programmatische Ansetzung von absoluter Gerechtigkeit immer schon aus sich selbst heraus illusionär bleiben. Der Liberale geht weiter und tiefer, um Gerechtigkeit näher zu kommen und weiß um die völlige Ungenügendung der Gleichheit bei diesem Thema.

Was ist mit der Partei, die den Liberalismus als Parteienamen führt. Schön – aber ihr wohnt inne, dass sie kein Korrektiv besetzt. Das führt zur Beliebigkeit. Man kann die Liberalität in verschiedene Richtungen entwickeln, jedoch droht die Beliebigkeit. Besonders deutlich ist das geworden, als die FDP im Handstreich eines Parteitages und bis dato nicht diskutiert, familienpolitische Grundfeste von Jahrtausenden alter Entwicklung über Bord geworfen hat und die Basis des bürgerlichen Zusammenlebens der beliebigen liebeshaften Willkür überlässt. Auch im Gesundheitswesen bleibt es einer Beliebigkeit von Interessengruppen überlassen, in welche Richtung der Liberalismus geht – jedenfalls nicht in die Richtung, die dem Liberalismus ordnungspolitisch am nächsten liegt, der Marktwirtschaft. Die liberale Gesundheitspolitik spätestens seit 2009 hat vielleicht mit vielem zu tun. Aber nichts mehr mit Marktwirtschaft.

Der Liberalismus ist der allererste Kompass politischer Entscheidung und übrigens auch des Grundgesetzes. Mit diesem Kompass sollte man keine Scherze machen. Selbst wenn man einen Steuersatz von 10 % auf die Einkommen erhebt, dann muss dieser Steuersatz auf dem liberalen Kompass genau und präzise begründet werden. Denn auch ein Steuersatz von 10 %, so wie dieser im deutschen Mittelalter am weitesten verbreitet war, verursacht eine Beschneidung des gesamten Restes, der deswegen nicht mehr gemacht werden kann. Der Grund dafür müsste ein guter sein, sodass er die Beschneidung deutlich und messbar überwiegt. Bei einem durchschnittlichen Steuersatz von ca. 30 % auf das Einkommen in Deutschland muss der Grund dafür zwangsläufig ein noch viel besserer sein.

Auch an dieser Stelle erkennt man wieder, wie dringend nötig die Rehabilitierung des Begriffes Liberalismus in Deutschland ist. Die allerersten Maßnahmen zu dessen Rehabilitierung wäre die Untersuchung aller Steuerprivilegien, Berufsprivilegien, Zuschussprivilegien, Körperschaftsprivilegien und Sozialhilfen auf deren Sinnhaftigkeit, den ganzen Rest des Volkes damit zu beschneiden. Der Rest des Volkes, dem diese Privilegien nicht vergönnt sind, muss diese mit seiner täglichen Arbeit wieder auffangen.

Der Liberalismus braucht ein politisch strategisches Korrektiv, das seit mindestens einem Jahrzehnt von keiner politischen Kraft in Deutschland mehr besetzt ist. Es ist das Korrektiv des Einigenden. Es ist das Korrektiv des Zusammengehörenden. Es ist das Korrektiv, in dessen Kontext die biblischen Geschichten gestellt worden sind. Es ist der Kontext des Nationalen. Im Nationalen kann der Liberalismus seine Blüte entfalten. Genauso wie der Nationalismus in jeder seiner Bestrebungen im

Liberalismus geerdet und gehegt bleiben muss. Es ist der Nationalliberalismus, der im Kontext zunehmend die maßgeblichen Planken für eine gedeihliche Entwicklung der Politik setzen wird. Es ist der Nationalliberalismus, der nachprüfbare Lösungsansätze liefern wird.

NATIONALLIBERALISMUS

Nationale und liberale Politik bedingen einander. Sie befördern und beschränken sich mit den Ihnen eigenen Werten gegenseitig. Es gibt keine starke Nation ohne Freiheit. Und es gibt keine vollständige Freiheit ohne Nation. Ein Nationalist weiß, dass er auf Dauer nur dann seine Mission erfüllen kann, wenn er auf Freiheit gründet. Genauso wie der Liberale nur dann den Erfolg im Zusammenspiel der Kräfte sichern kann, wenn er sich auf die sichernden Verbindlichkeiten der Nation verlassen kann.

Die Wiederkehr des Nationalliberalismus in den 10er Jahren hat verschiedene Ursachen. Die ideologischen Kernkonkurrenzen im politischen Diskurs sind der Kommunismus, der Sozialismus, der Sozialliberalismus, der Konservatismus und der Ökologismus. Was sind die Gründe, die es allen diesen Strömungen mit Ihren Mitteln nicht möglich machte, das Wiedererstarken des Nationalliberalismus in Deutschland zu verhindern. Diese Gründe kann man mit einigen Schlagworten benennen, die von allen diesen Bewegungen als alternativloser und unumkehrbarer Gemeinssinn vorausgesetzt werden, ohne dass diese mit der politischen Realität in Deckung gebracht werden können. Diese Begriffe lassen sich zusammenfassen zu:

- Humanismus
- Globalismus
- Multilateralismus
- Semitismus

Der Humanismus ist der schwerste Gemeinplatz der

herrschenden Parteien bis heute. Gegen Humanismus ist grundsätzlich nichts einzuwenden, wenn dieser in der Realität ohne Einschränkungen anwendbar wäre. Die Sozialforschungen in den letzten 2 Jahrzehnten haben ergeben, dass der Kantische Kategorische Imperativ in allen Kommunen auf der ganzen Welt ausnahmslos empirisch bestätigt werden kann. Der Mensch – egal wo – ist also aufgrund seiner ureigensten archetypischen Voraussetzung humanistisch. Also macht es Sinn, dieses zusammen mit dem über Jahrhunderte entwickelten Begriff Humanismus auch politisch umzusetzen. Und das, weil dieser Begriff ja in Gänze und von Anfang an gut ist. Wer diesen Begriff, egal in welcher Form und durch welche Aktion, in Frage stellt, der stellt sich schon von vornherein gegen das Gute. Und ist damit zwangsläufig Böse?

Diese Dialektik führte im Jahr 2015 fast zu dem absurden Unwort des Jahres „Gutmensch“. Als Gegensatz allen denen gegenüber, die den politischen Begriff Humanismus nicht voraussetzend und blind mit zeichneten. Aber ist es so selbstverständlich, den Humanismus als ausschließlich politisch korrekt anzusetzen? Oder gibt es nicht doch politische Entwicklungen, die diesen Ansatz – zumindest teilweise in Frage stellen? Ergeben sich – auch vor dem Hintergrund der gesamten politischen Theorie, die in Deutschland über Hegel, Feuerbach, Marx, Heidegger und Adorno weiterentwickelt wurde – nicht zwangsläufig kontroverse Meinungen bei diesem Begriff. Und wenn es Gründe für kontroverse Meinungen gibt, dann kann auch die politisch härteste, entschlossenste und kompromissloseste These nicht die Antithese verhindern, die sich aus einer politischen Realität ergibt.

Ja, natürlich, es gibt diese politischen Entwicklungen. Und die politische Hauptentwicklung, die den Humanismus in Frage stellt, hat einen ganz einfachen Namen, den jeder

kennt: Es ist der Name „Überbevölkerung“.

Die Überbevölkerung ist der Urgrund für alle aktuellen politischen Probleme, die wir haben. Wenn ein politisches Problem benannt wird, das nicht auf die Überbevölkerung rückführbar ist, dann ist es auf aktuellem Stand der Entwicklung nicht wirklich ein Problem, sondern etwas anderes. Die echten Probleme, die den Zeitgeist des politischen Diskurses bestimmen, sind etwa Klimawandel, Emigration, Immigration, Rohstoffknappheit, Krieg, Hunger, Seuchen, Energiemangel oder Umweltüberbeanspruchung. Alles dieses oder ähnlich bezeichnetes lässt sich zurückführen auf Überbevölkerung. Wenn die sich auflösen würde, dann würden sich damit weitestgehend auch die Probleme auflösen. Ob mehr oder weniger Staatswirtschaft, mehr oder weniger Umverteilung oder vieles andere alltäglich Politische stellt Aufgaben oder Optimierungsbedarf, oder man nenne es, wie man möchte, aber eines sind diese Sachen nicht: Probleme. Ernsthafte Probleme. Ernsthafte Probleme der derzeitigen politischen Debatte ergeben sich ausschließlich aus dem Phänomen der weltweiten Überbevölkerung.

Der Humanismus hat es bis in diese 10er Jahre nicht ansatzweise geschafft auf diese elementarste politische Hauptentwicklung seit den 60er Jahren eine Antwort zu finden. Im Gegenteil: In der aktuellen Wirkung verstärkt der Humanismus, so wie er von allen herrschenden politischen Kräften bis in die 10er Jahre praktiziert wurde, die Problematik der Überbevölkerung. Und das in vielfältigen und sich gegenseitig bedingenden Phänomenen. Die völlige Ignorierung der herrschenden Klasse, wenn man so will, dass Humanismus, so wie dieser in den letzten Jahrzehnten praktiziert wurde, der Eindämmung der Überbevölkerung konträr läuft, provoziert schon aus sich heraus die Entwicklung einer

Haltung, die den Humanismus in Frage stellt. Wenn der Humanismus von den Grünen, der CDU, den Linken und wer sonst diesen als Apriori, quasi gottgegeben voraussetzt, damit jedoch seit den 70er Jahren die politischen Kernprobleme nicht löst, der wird selbst mit den allerschwersten Meinungsverbotsaktionen nicht verhindern können, dass sich eine politische Bewegung formiert, die zumindest versucht für diese Kernproblematik Lösungen zu entwickeln und sich dabei selbst verbietet Denkverbote anzusetzen.

Der Globalismus ist der nächste Gemeinplatz, der als unausweichlich gestellt wird, und der daraus folgend politische Reaktionen hervorruft, die dann als zwangsläufig und als alternativlos gelten. Alles andere wäre widersinnig, weil es den Globalismus ja nun mal gibt, und dieser Kraft seiner Wirkung Nationalabgrenzung fortlaufend überflüssiger macht. Ist das tatsächlich so? Und gibt es das so erst seit – sagen wir mal – den 70’er Jahren?

Nein. Natürlich nicht. Aus einem ganz einfachen Grunde. Globalismus gab es schon immer. Wir als Homo Sapiens eroberten von einem überschaubaren Raum um Äthiopien herum vor zigtausenden von Jahren den gesamten Globus. Natürlich änderte sich über all die Jahrtausende die Art und Weise, wie die Globalisierung von statten ging. Sie nahm sicherlich an Transporttempo und an Informationsverfügbarkeit immer mehr zu. Jedoch zu postulieren, dass wir heute der Globalisierung ausgeliefert seien, und es diese erst seit einigen Jahrzehnten gibt, ist ein Fehlgriff. Es gab Globalisierung auch schon vor 100, 500 oder vor 2000 Jahren. Wir haben weiter alle Optionen der Globalisierung zur Verfügung. Wir können kooperieren, wir können mit fernen Ländern koalieren, wir können so frei sein mit bestimmten Ländern nichts zu tun haben zu wollen und wir können vieles mehr. Wir können alles. Wir

können Reisen, Transporte oder Informationen global frei machen, genauso wie wir diese national, regional oder lokal beschränken können, wenn dieses rational sein sollte. Natürlich! Wer suggeriert uns denn, dass das alles eine Einbahnstraße ist?

Nur komplette Mobilität? Nur immer mehr Güter? Nur immer steigender Rohstoffverbrauch? Nur immer schnellere Verfügbarkeiten? Bitteschön, wenn das so gewünscht ist und vor allem funktioniert, bitteschön. Aber das ist doch nicht zwangsläufig. Wir sind entscheidungsfähige Wesen und das auch in Gruppen. Wir können zu allen Globalisierungsdynamiken auch Stopp sagen, wenn dieses die menschliche Rationalität gebietet. Und wir haben das in unserer Geschichte auch schon unter Beweis gestellt. Also lösen wir uns von der Chimäre Globalisierung und machen uns wieder entscheidungsfrei.

Damit kommen wir fließend zur nächsten zeitgeistigen politischen Korrektheit. Dem Multilateralismus. Der muss zwangsläufig sein. Weil wir Deutsche zum Beispiel allein gegen China oder USA nicht bestehen könnten. Wie bitte? Was sollen dann erst die Schweiz oder Island machen. Die hätten dann ja gar keine Chance. Oder das kleine afrikanische Guinea – eines der ganz wenigen Länder in Afrika die funktionieren. EU, NATO, UNO, OECD, Weltbank, IWF, KSZE, alles alternativlos? Da muss man mitmachen, oder man hat keine Chance? Quatsch! Natürlich gibt es für all diese Multilateralismen Alternativen und Möglichkeiten es besser zu machen. Einige Organisationen machen es besser, andere schlechter. Wenn Multilateralismen es gut machen, dann geht man damit weiter. Wenn es Multilateralismen jedoch schlecht machen, warum muss man dann damit weitermachen. Warum, wenn es bessere, rationalere, effizientere Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt, als vielleicht gerade dieser eine

schlecht funktionierende Multilateralismus. Auch bestehende Multilateralismen darf man hinterfragen – immer. Und wenn man zu dem Schluss kommt, dass die EU unter Umständen so schlecht aufgestellt ist, dass man diese für die Erreichung der eigenen staatlichen Ziele verlassen sollte, dann wäre das noch lange nichts gegen Europa. Im Gegenteil: So eine Entscheidung machte aus eigenstaatlicher Sicht nur dann Sinn, wenn es danach auch für Europa besser wäre, denn wir wollen ja weiter und gut in diesem Kontinent leben.

Last but not least: die in Deutschland absolute Unumstößlichkeit des Semitismus. In auch nur irgendeiner minimal ansatzweisen Art die Semiten zu kritisieren bricht mit dem Tabu des Antisemitismus, gilt als asozial und wird gesellschaftlich ausgesetzt. Ich muss die Beispiele dafür nicht nennen. Zu Semiten gehören dem Wortstamm nach alle diejenigen im Nahen Osten, die nicht Arier = Iraner sind. Damit waren unter anderen die Araber und die Juden in den Gebieten des heutigen Libanon, Syrien, Jordanien und Israel gemeint. Mit Semiten sind historisch betrachtet also nicht nur die Juden gemeint. Mit dem Schlagwort Antisemitismus wurde die Bedeutung des Wortes Semit auf das Volk und die Glaubensgemeinschaft der Juden konzentriert. Nun mussten die Juden gerade in unserem Lande unendlich viel Leid ertragen. Ganz klar. Nur, es werden alle Beteiligten im Laufe der Zeit nicht darum herumkommen, auch Fragen und Probleme, die der Semitismus aufgeworfen hat und aufwirft zu besprechen, zu behandeln und auch zu hinterfragen.

Deutschland lud im Verlauf des 2. Weltkrieges Schuld in Gänze und ohne Einschränkung auf sich. Damit einhergehend wird den Juden in jeder Hinsicht Schuldlosigkeit nach mittlerweile ca. 1000 Jahren Mitleben auf deutschem Boden attestiert. Wie brutal die deutsche

Schuld am Holocaust auch immer richtig bewertet sein mag, und wie schuldlos die Juden in Europa auch immer in den Holocaust hineingedrängt worden sein mögen: Die totale Schuld der Deutschen und die totale Unschuld der Juden über den gesamten geschichtsrelevanten Zeitstrang werden sich im deutschen politischen Diskurs nicht bis in alle Ewigkeit hin aufrechterhalten lassen. Wenn offene Fragen in diesem Kontext aufgeworfen werden müssen, dann werden Nationalliberale, bei aller gebotenen Rücksicht auf alle Beteiligten, sich nicht zurücknehmen und diese Fragen behandeln.

Zuerst die Besorgnis über einen übertriebenen Multilateralismus und dann folgend der Zweifel an einem ausufernden Humanismus führten zu der Bewegung, die sich jetzt zum Ende der 10er Jahre als politische Kraft namens AfD etabliert hat. Diese Bewegung ist natürlich neben vielen anderen ideologischen Faktoren, so aber dennoch in den Hauptlinien durch die lange tradierte Linie des Nationalliberalismus unterstützt. Die Faktoren national und liberal durchziehen einzeln oder gemeinsam alle Argumentationsstränge dieser Partei. Wenn man diese beiden Achsen als Maßstab nimmt, dann bekommt man ein Ordnungsraster für alle wesentlichen Meinungsströmungen innerhalb der AfD. Wenn dieses Muster in die Argumentationslinien Einzug hielte, dann führte dieses zur Selbstvergewisserung aller Beteiligten. Es würde auch eine Tabubrechung in der Debattenführung für diese beiden Begriffe geben, die fördernd wirken würde, weil verdeutlichend. Zudem ist die Selbstbefreiung dieser Begriffsachse gerade im deutschsprachigen Raum lange überfällig.

Was überfällig ist, das muss dann auch gemacht werden – egal wie viel Mut es erfordert, den damit ausgelösten politischen Gegenwind auszuhalten. So wird eben auch die